

Wer waren Stalins Schergen?

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial veröffentlicht Tausende Namen – und bricht ein Tabu

ULRICH M. SCHMID

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial hat unter nkvd.memo.ru ein Verzeichnis mit Namen von 40 000 Mitarbeitern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD während der Jahre 1935 bis 1939 veröffentlicht. Stalin stand damals auf dem Höhepunkt seiner Macht und führte umfangreiche Säuberungen in Partei, Staatsapparat und Armee durch. Auch zahlreiche Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller wurden verhaftet und nach kurzem Prozess erschossen. Stalins «Grosser Terror» stellt aber nur den traurigen Rekord der bolschewistischen Repressionen dar.

Lenin hatte bereits 1918 nach einem Mordanschlag zahlreiche tatsächliche oder vermeintliche Gegner der Revolution erschiessen lassen. Trotzki organisierte erste Straflager auf den Solowki-Inseln, wo die Gefangenen unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten mussten. Genaue Opferzahlen lassen sich kaum ermitteln – die entsprechenden Dokumente verteilen sich auf viele Archive, die teilweise schwer zugänglich sind. Schätzungen für den Zeitraum von 1920 bis 1950 schwanken zwischen 5 und 50 Millionen. Davon wurden etwa 700 000 sofort hingerichtet, viele andere zu langjährigen Lagerstrafen verurteilt, was aber oft nur einen Aufschub der Todesstrafe bedeutete.

Datenbank der Opfer

Memorial wurde im Jahr 1988 gegründet, um den Terror der sowjetischen Gewaltherrschaft zu dokumentieren. Die schonungslose Aufarbeitung dieser Verbrechen ist für die Organisation eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer offenen Zivilgesellschaft in Russland. Die Arbeit von Memorial ist beeindruckend, aber bei weitem nicht abgeschlossen: Die Datenbank der Opfer der stalinistischen Repressionen umfasst heute 2,7 Millionen Einträge. Mit dem kompromisslosen Einsatz zur Aufklärung der stalinistischen Verbrechen hat Memorial den Argwohn der Behörden auf sich gezogen. Unlängst hat das Justizministerium den Dachverband der Menschenrechtsorganisation zu einem «ausländischen Agenten» erklärt. Damit ist er von der gleichen offiziellen Diffamierung betroffen wie fünf der sechzig Einzelgesellschaften von Memorial.

Bis heute hat es in Russland keine

staatlichen Initiativen zur Aufarbeitung der Repressionen gegeben. Der stellvertretende Memorial-Vorsitzende, Nikita Petrow, weist darauf hin, dass neben Stalins gestürztem Geheimdienstchef Lawrenti Berija nur etwa hundert Täter während der Sowjetzeit für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wurden. Es ist allerdings nicht immer einfach, eine klare Linie zwischen Tätern und Opfern zu ziehen. Sehr oft gerieten die Henker selbst in das Räderwerk des Grossen Terrors. Die Geheimpolizeichefs Genrich Jagoda und Nikolai Jeschow wurden selbst verhaftet und erschossen. Dabei wurde auch eine Damatio Memoriae über sie verhängt: Sie durften nicht mehr in der Presse oder in Lexika erwähnt werden. Ausserdem wurden sie aus Fotos wegetuschiert, auf denen sie mit Stalin zu sehen waren.

Der Philosoph Michail Ryklin hat jüngst in seinem Aufsatz «Nicht erkaltende Asche» auf die prekäre Verschränkung der Erinnerungskulturen auf dem Moskauer Donskoi-Friedhof aufmerksam gemacht. Gleich neben dem Eingang befindet sich ein pompöses Grabmal für Wassili Blochin, das diesen brutalen Henker in voller Generalsuniform zeigt. Blochin hat in Stalins Diensten über 10 000 «Volksfeinde» eigenhändig erschossen, unter anderen auch berühmte Künstler wie den Schriftsteller Isaak Babel und den Regisseur Wsewolod Meyerhold.

Nach dem Tod des Diktators wurde Blochin, der 1955 Suizid beging, zwar degradiert. Unter Breschnew rehabilitierte man ihn aber stillschweigend. Im Jahr 2003 wurde das Denkmal auf dem Friedhof für ihn errichtet. Diese verstörende Verewigung eines Mörders kontrastiert scharf mit dem «Massengrab Nr. 1» auf demselben Friedhof. Ein Landstück von einigen Quadratmetern, in das Angehörige Namenstafelchen gesteckt haben, trägt die simple Aufschrift: «Bestattung der nicht zurückgeforderten Asche aus den Jahren 1930 bis 1942». Während Stalins Terror wurden die Leichen der Erschossenen bei Nacht und Nebel auf das Friedhofsgelände gebracht und in einer zum Krematorium umfunktionierten Kirche verbrannt.

Die nun veröffentlichte Täter-Datenbank ist das Lebenswerk des Juristen Andrei Schukow, der fünfzehn Jahre lang Urteile gegen «Volksfeinde» mit den Personalakten der Geheimpolizei abglich. So konnte er eine grosse Zahl von Schergen identifizieren, von denen

bisher nur der Familienname bekannt war. Das Verzeichnis stiess auf so grosses Interesse, dass die Website in den ersten Tagen unter dem Ansturm der Anfragen zusammenbrach. Seither erhitzt das Thema die Gemüter in Russland. Der Kreml vermied es allerdings, sich zu exponieren. Der Regierungssprecher Dmitri Peskow nannte das Thema «höchst heikel» und wies darauf hin, dass sowohl Gegner als auch Befürworter der Veröffentlichung über gute Argumente verfügen.

Der patriotische Autor Nikolai Starikow, dessen sowjetnostalgische Bücher in hohen Auflagen zirkulieren, kommentierte das Verzeichnis mit einer doppelten Unterstellung: Memorial habe die Datenbank veröffentlicht, um die russische Gesellschaft zu spalten und um einen einfachen Leistungsnachweis für das aus dem Ausland überwiesene Geld zu erbringen. Diese Deutung passt zu früheren Aussagen des Publizisten: Starikow macht in seinen Schriften Grossbritannien für die Zerstörung des Zarenreichs verantwortlich und beschuldigt westliche Geheimdienste, Stalin vergiftet zu haben. Solch abstruse Verschwörungstheorien haben heute Konjunktur in Russland und sind bis in die höchsten Regierungskreise verbreitet. So behauptete Aussenminister Sergei Lawrow in einem Beitrag für die Zeitschrift «Russia in Global Affairs» im März dieses Jahres, Westeuropa habe «Hitlers Kriegsmaschinerie gegen die Sowjetunion entfesselt».

Ein Ende des Beschweigens?

Die Apologie des Stalinismus findet in der russischen Bevölkerung immer mehr Rückhalt. In einer Umfrage vom November 2014 stimmten 52 Prozent der Befragten der Aussage zu, Stalin habe eine positive Rolle in der Geschichte gespielt. Vor wenigen Tagen wurde eines der wenigen Denkmäler für die Opfer des Terrors, Ernst Neiswestnyjs «Maske der Trauer» im sibirischen Magadan, verunstaltet. Unbekannte sprayten den Satz «Stalin lebt» auf die Skulptur.

Starikows Warnung vor einer Spaltung der Gesellschaft wurde von vielen konservativen Kommentatoren aufgegriffen. Tatsächlich kann das Beschweigen von Verbrechen unmittelbar nach dem Ende einer Diktatur sinnvoll sein – Spanien hat nach Francos Tod diesen Weg beschritten. Doch seit dem Ende der Sowjetunion sind 25, seit Stalins Tod

63 Jahre vergangen. Die russische Gesellschaft sollte sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts ihrer schmerzhaften Vergangenheit stellen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die offizielle Kulturpolitik scheint allerdings eine andere Richtung zu verfolgen. So veröffentlichte der Chef der Ermittlungsbehörde, Nikolai Bastrykin, im April einen Zeitungsartikel, in dem er eine neue patriotische Staatsideologie für Russland forderte. Er erteilte der «absoluten Freiheit» und der «Willkür einzelner Vertreter der Gesellschaft» eine Absage und definierte «Demokratie» als «Volksherrschaft». Im Kampf gegen den Extremismus müsse auch die «Falsifizierung besonders bedeutsamer historischer Ereignisse» unter Strafe gestellt werden. Damit provozierte er den heftigen Widerspruch von Intellektuellen, die darauf hinwiesen, dass dieser Vorschlag verfassungswidrig sei – Artikel 13 der russischen Verfassung verbietet eine Staatsideologie. Immerhin bereitet die Duma ein «Gesetz über die russländische Nation» vor, mit dem die geistige Einheit aller Bürger gestärkt werden soll. Es ist unwahrscheinlich, dass dem Gedenken an die Opfer der sowjetischen Gewaltverbrechen darin ein grosser Stellenwert eingeräumt wird.